



# Gemeinsame Haftung der Euro-Staaten ist keine Lösung

---

Positionspapier

*Die Stimme der Sozialen  
Marktwirtschaft*

## Gemeinschaftshaftung ist keine Lösung

**Die Europäische Kommission hat gerade erst die europäischen Schuldenregeln ausgesetzt. Die Europäische Zentralbank (EZB) mit dem neuen Anleihekaufprogramm PEPP ein Feuerwerk gezündet. Dazu sind alle bisherigen Sicherheitsvorgaben aufgeweicht worden, so dass die EZB mittlerweile selbst griechische Staatsanleihen aufkaufen kann. Trotz dieser beispiellosen Schritte wird um weitere Maßnahmen gerungen: Italien etwa fordert entgegen dem gemeinsamen geeigneten Rettungsschirm-Regelwerk ESM und dem europäischen Gedanken, Kreditlinien ganz ohne Auflagen – Coronabonds - die einer gemeinsamen Haftung der Eurostaaten gleich kommen. Dies lehnt der Wirtschaftsrat ab und setzt auf eher auf schon vorhandene Instrumente, die die EU-Kommission und die Ministerpräsidenten der Eurostaaten jetzt auch wieder in den Blick genommen haben.**

Ohne Frage sind Hilfen, Unterstützung und europäischer Zusammenhalt in dieser außergewöhnlichen Krise von herausragender Bedeutung. Es sind tolle Zeichen europäischer Solidarität, wenn Schwerstkranke aus Italien, Frankreich oder Spanien wegen der dramatischen Lage und stark überlasteten Kliniken mit der Luftwaffe ausgeflogen und zur Behandlung nach Deutschland gebracht werden. Auch die wechselseitigen Lieferungen von Atemmasken und Schutzausrüstungen sind längst Realität und getragen vom europäischen Gedanken.

Unverständlich und geradezu unredlich ist es dagegen, wie die Debatte über Eurobonds zur Moralschlacht um Europa ausgeüfert ist. Auch wenn sie Solidarität ausdrücken sollen, bleiben Coronabonds oder eine europäische Arbeitslosenversicherung vollkommen ungeeignete Instrumente, um zur wirtschafts- und finanzpolitischen Stabilität beizutragen. Auch durch den Tabubruch der EZB – die den Kapitalschlüssel als Grundlage für Anleihekäufe aufgehoben hat und nun einzelnen Ländern gezielt Schützenhilfe leisten kann - ist ein Zinsanstieg für hochverschuldete Länder bislang ausgeblieben. Es gibt vor diesem Hintergrund schlicht keinen Grund für die gemeinsame Aufnahme von Schulden in Form von Euro- beziehungsweise Coronabonds.

Es ist gleichwohl richtig, im Ernstfall den europäischen Partnern unter die Arme zu greifen. Doch niemandem in Europa ist geholfen, wenn die Corona-Krise dazu missbraucht würde, um nun ein System der Gemeinschaftshaftung zu etablieren, auf das bereits in der letzten Eurokrise von vielen hingearbeitet wurde. Durch Eurobonds kämen hohe Milliardenkosten auf den deutschen Steuerzahler zu. Aber vor allem würde die wichtige Einheit von Handlung und Haftung gesprengt. Denn Deutschland würde auch das Risiko der hohen Verschuldung anderer Euro-Staaten mittragen, ohne gleichzeitig Einfluss auf deren Finanzpolitik nehmen zu können. Und gerade die Staaten, die jetzt am lautesten nach Solidarität rufen, wehren sich am stärksten gegen die Abgabe von Kompetenzen an die europäische Ebene. So ist der italienische Premierminister Giuseppe Conte nicht gewillt, selbst die deutlich reduzierte Konditionalität eines ESM-Programms zu akzeptieren.

Die sich nun abzeichnenden Kompromisse über ESM-Kreditlinien und Garantiefonds der Europäischen Investitionsbank scheint einen besseren Weg darzustellen, sofern er die gesamtschuldnerische

Haftung verhindert. Denn richtig bleibt auch, dass Deutschland in dieser Krise einen finanzpolitischen Spielraum hat, weil es die letzten Jahre eine solide Haushaltspolitik betrieben hat. Andere Länder haben genau das massiv kritisiert und als Haushaltsfetischismus abgetan. Trotz Niedrigzinsen und Wirtschaftswachstum ist dort über Jahre keinerlei Fortschritt beim Schuldenabbau erreicht worden.

Wenn nun die SPD-Parteivorsitzende Saskia Esken in Deutschland eine Vermögensabgabe als Krisenbekämpfung ins Spiel bringt und Grünen-Chef Robert Habeck hochmoralisch Coronabonds einführen möchte, dann stimmt etwas nicht. Die privaten Vermögen in Ländern wie Italien und Frankreich sind schließlich deutlich höher als hierzulande. Europa braucht keine weiteren Tabubrüche, die kurzfristig nicht helfen aber langfristig erhebliche Risiken bedeuten. Vielmehr drohen durch diese Maßnahmen, Probleme auf die europäische Ebene geschoben zu werden, die ihren Ursprung bereits lange vor der Corona-Epidemie haben.

Berlin, 03. April 2020